



Gemeinsame Pressemitteilung der IBK Darmstadt und der Dachorganisation Bündnis der Bürgerinitiativen Darmstadt (BBD) zur Informationsveranstaltung der Stadt Darmstadt „Klimaschutzkonzept der Wissenschaftsstadt Darmstadt“!

Bei der am gestrigen Abend, dem 08.02.2022, stattgefundenen im Titel genannten Informationsveranstaltung der Stadt Darmstadt wurden die informationsdurstigen Bürger Darmstadts über die Pläne der kommunalen Regierungskoalition ins Bild gesetzt, die ein repräsentatives Konzept zum Schutz von Mensch, Tier und Natur gegen den bevorstehenden Klimawandel darstellen sollen.

Die Ernsthaftigkeit dieser Veranstaltung war im Vorfeld mit Skepsis zu sehen, da unter anderem bei der Stadtverordnetenversammlung im letzten August ein Antrag der FREIE WÄHLER Darmstadt mit dem Konzept eines unbedingt nötigen und umfangreichen Hitzeschutzplanes durch die Vertreter von CDU, Volt und den Bündnis 90 Grünen direkt abgelehnt wurde mit der Begründung und mittlerweile eindeutigen Fehleinschätzung, es würde bereits genügend getan.

Auch diesmal haben etliche Vertreter von Umweltverbänden, Initiativen und Parteien die Möglichkeit genutzt und vorab Fragen eingereicht und auch live im digitalen Umfeld gestellt.

Viele Fragen, die die Begrenzung des Stadtwachstums zum Thema hatten, wurden gewohnt rhetorisch geschickt umgangen und mit einer nicht angebrachten Abschweifung in die Flüchtlings- und Asylsituation versucht mundtot zu machen. Aber schließlich darf die „heilige Kuh“ Bebauung nicht angetastet werden, dazu ist halt jedes Mittel recht. Aus Sicht der in den Vorständen von Wohnungsbaugesellschaften tätigen politisch Verantwortlichen durchaus nachvollziehbar. Trotzdem, der Oberbürgermeister selbst sprach den überfüllten Hauptbahnhof an, ein Resultat ungezügelter Wachstums.

Nach wie vor ist der Mensch der größte CO₂ Erzeuger, sei es direkt durch Atmung o.ä. oder indirekt durch Kraftfahrzeugverkehr, Heizen, Betonbauten, etc...

Daher darf eine Diskussion über eine Begrenzung des Wachstums kein Tabu sein. Es ist der größte Hebel den die Stadt selbst aktiv bewegen kann.

Allen Unkenrufen zum Trotz gab es natürlich auch sehr sinnvolle Konzepte, wie z.B. die Gebäudesanierung. Nur darf diese Maßnahme nicht durch Mieterhöhungen auf die Mieter umgelegt werden, sonst würde der Bürger die Zeche für die gute Außendarstellung des Umweltdezernats zahlen.

Es wurden im Laufe der Veranstaltung zwei Experten vorgestellt, die in beratender Funktion dem Gremium beiseite standen. Diese waren Frau Luisa Emrich vom Klimaschutzbeirat und Herr Prof. Dr. Sven Linow von den Scientific for Future. Gefragt nach der Zusammenarbeit mit den Vertretern der Stadt wirkte Frau Emrich so, als würde Sie gerne etwas sagen, dass Sie sich aber derzeit nicht zu sagen traut. Prof. Dr. Linow äußerte sich sehr kompetent, lies aber auch durchscheinen, dass konkrete Umsetzungen von Maßnahmen oft in sehr zermürenden Diskussionen enden.

Natürlich gab es nicht nur Zukunftspläne, sondern auch Hinweise auf bereits existierende Maßnahmen.

Oberbürgermeister Jochen Partsch lobte gleich zu Beginn der Veranstaltung das Radwegekonzept der Stadt, also genau jenes Radwegekonzept, das parallelführend zu bereits existierenden Radwegen weitere redundante anlegte und dadurch die Hauptverkehrsstraße verkleinert, damit ein stehender Kraftfahrzeugverkehr erreicht wird, der bekanntermaßen mehr CO₂ je Kilometer erzeugt als fließender motorisierter Verkehr.

Nun wollen wir aber nicht nur meckern, sondern auch konstruktiv sein. Es wäre den verantwortlichen unbedingt ans Herz zu legen, sich bei der Ausarbeitung der durchaus wichtigen Maßnahmen zum Klimaschutz, nicht nur auf die eigenen (nicht immer unabhängigen) Experten zu verlassen, sondern auch Rat bei den sehr gut informierten Bürgerinitiativen und ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich einzuholen. Ebenso gilt es die Oppositionsparteien mit ins Boot zu holen, wir haben nicht den Luxus uns aus falsch verstandenem Stolz der Hilfe anderer zu entziehen, nur weil Sie nicht der eigenen Partei oder Koalition angehören.

Die finanzielle Förderung zur Dachbegrünung bei Privatimmobilien mag hier nur exemplarisch angeführt werden als Anregung, über den Rand des eigenen Tellers hinaus zu blicken.

Somit warten wir auf weitere Informationsveranstaltungen und hoffen auf Beteiligungsmodelle die in Form von Umfragen, Einladungen an Initiativen und einer Aufhebung des Fraktionszwangs bei Abstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung zu wichtigen Forderungen aus den Reihen der Opposition. Wie von Oberbürgermeister Partsch im Schlusswort angesprochen, die Umwelt gehört uns allen und muss von uns allen geschützt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Schindler
Vorstand IBK Darmstadt
Vorsitzender BBD